

Antrag der Fraktion GRÜNE:

Bitte die rot markierten Stellen entsprechend ändern!

**Erweiterung der Zweckentfremdungsverbotssatzung vom XXXXXX
[Voraussetzung Eure Stadt/ Gemeinde hat eine solche Satzung schon
beschlossen] um den Tatbestand der Zweckentfremdung durch
Ferienwohnungen**

Antrag nach § 34 (1) S.4 GemO:

Die **Stadt-/ Gemeindeverwaltung** wird aufgefordert, die Zweckentfremdungsverbotssatzung um den Tatbestand der Zweckentfremdung durch Ferienwohnungen zu ergänzen und einen Weg aufzuzeigen, wie dieser Tatbestand effizient überprüft werden kann.

Begründung:

Bei der Verabschiedung der Zweckentfremdungsverbotssatzung im **Jahr ????** wurde die Aufnahme des Thema „Ferienwohnungen“ und Vermietung durch Anbieter wie Airbnb und andere in die Satzung zwar diskutiert, es wurde damals allerdings noch kein dringender Regelungsbedarf gesehen. Denn die Vermietung von Ferienwohnungen beschränkte sich **im Jahr ???** auf eine kleinere Anzahl von Wohnungen, die in einer Universitätsstadt wie **Tübingen/ Konstanz/ Freiburg etc.** , durchaus Sinn macht, damit z.B. Gastdozent*innen Wohnraum kurzfristig und für einen kurzen Zeitraum zur Verfügung gestellt werden kann. Inzwischen hat sich die Lage aber deutlich verschärft.

Investoren werben zuweilen mit exorbitanten Mieten, die durch eine Vermietung über Airbnb erzielt werden können. Da die Zweckentfremdung derzeit eine der wenigen Möglichkeiten der Städte ist, solche Auswüchse am Wohnungsmarkt zu unterbinden, soll dieses Instrument nun angewandt werden. Damit ist auch gewährleistet, dass die großen Anstrengungen der Stadt **XXXX**, verträgliche Immobilienpreise und eine soziale Mischung herzustellen, nicht untergraben werden.